

Genau das aber fordert die AfD in ihrem Antrag. Sie nennt es „Eigenverantwortung“, meint aber, dass jeder und jede sich selbst überlassen ist. Sie spricht von „Widerstandskraft“, meint aber, dass die Starken überleben, der Rest Pech gehabt hat. Das ist keine Gesundheitsstrategie, das ist Sozialdarwinismus in neuem Gewand.

(Dr. Martin Vincentz [AfD]: Das ist aber sehr weit ausgelegt!)

Das passt auch zu einer Partei, die die Wörter „seelische Gesundheit“ in keinem ihrer Programme von Bundes- bis Landesebene überhaupt erwähnt. Dort, wo seelische oder gesundheitliche Beeinträchtigungen vorkommen, geht es nicht um Hilfe, sondern um Kriminalisierung, um – ich zitiere – nicht therapierbar seelisch Kranke, die nach dem Willen der AfD ohne Gerichtsverfahren in Sicherungsverwahrung, also in Lager, gesteckt werden sollen. Das ist kein Schutz, das ist Menschenverachtung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wer den heutigen Antrag liest, erkennt schnell, dass es darin nicht etwa um seelische Gesundheit geht, sondern um politische Selbsttherapie einer Partei, die das Wort „Mitgefühl“ offenbar für Schwäche hält.

Die AfD will den Staat verschlanken und die Verantwortung zurückgeben. Aber ich frage Sie: Zurück an wen? An die Familie, die längst überfordert ist? An die Lehrerin, die am Limit arbeitet? An den Verein, der ehrenamtlich das auffangen soll, was Sie politisch abbauen wollen? Das ist keine Stärkung der Gesellschaft, das ist kalte Entsolidarisierungspolitik.

Ehrlich gesagt überrascht dieser Antrag niemanden, der hört, was der AfD-Archetyp Maximilian Kraus so sagt. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: „Lass dir nicht einreden, dass du lieb, soft, schwach und links zu sein hast!“ Nach dieser Logik ist ja jeder, der hilft, mitfühlt, Verantwortung übernimmt, soft und links. Deswegen sage ich Ihnen: lieber soft und links als stumpf und rechtsextrem.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Als Arzt für seelische Gesundheit sage ich Ihnen: Seelische Stärke wächst nicht unter Druck, sondern durch Vertrauen, nicht durch fraglich-moralische Appelle, sondern durch menschliche Nähe und nicht durch das Gerede von Eigenverantwortung, sondern durch Strukturen, die tragen: Therapieplätze, Schulsozialarbeit, Aufklärung, Prävention. Was nützt das Wissen über Hilfe, wenn man monatelang auf einen Therapieplatz warten muss? Was nützt Gesundheitskompetenz, wenn die Zugänge fehlen? Darum geht es, um echte Hilfe, und nicht um Parolen.

Es gibt großartige Initiativen in unserem Land, die genau das zeigen. Aus dem Verein Irrsinnig Mensch-

lich e. V. heraus geht man an Schulen und Hochschulen, spricht offen über Depressionen, Angst und Krisen und nimmt jungen Menschen die Furcht, sich Hilfe zu holen. Im Rahmen eines Projekts von jungagiert.de setzen junge Menschen in ganz Deutschland kreative Aktionen für die seelische Gesundheit in ihren Städten und Schulen um. Sie zeigen, dass Engagement, Empathie und Zusammenhalt das beste Gegenmittel gegen Einsamkeit und Überforderung sind. Das sind Programme, die Zuversicht wachsen lassen. Sie haben eines gemeinsam: Sie bauen Brücken und keine Mauern.

Gerade jetzt, nach Jahren voller Krisen, Unsicherheit und Angst, brauchen wir ein starkes Netz der Solidarität. Wir brauchen eine Politik, die Hoffnung macht, statt Angst zu schüren, die Zuversicht wachsen lässt statt Zynismus. Die SPD steht dafür. Sie steht für eine Politik, die seelische Gesundheit nicht ins Private verdrängt, sondern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe versteht, für Prävention, die in Schulen, in Betrieben, in Familien ankommt, für eine Gesundheitskompetenz, die Wissen mit Vertrauen verbindet.

„Lasst Zuversicht wachsen“ ist mehr als ein Motto. Es ist ein Auftrag an uns alle. Er scheitert aber, wenn Parteien wie die AfD versuchen, aus menschlicher Verletzlichkeit politisches Kapital zu schlagen. Seelische Gesundheit ist kein Parteiprogramm. Sie ist ein Menschenrecht. Wer Menschen mit seelischen Erkrankungen stigmatisiert, verletzt nicht nur sie, sondern die Würde aller.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir lehnen diesen Antrag entschieden ab und arbeiten auch weiter daran, dass Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht härter werden müssen, um stark zu sein, sondern stärker werden dürfen, weil sie nicht allein sind. – Bleiben Sie gesund, und lassen Sie die Zuversicht wachsen!

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmelzer: Vielen Dank, Herr Kollege Bakum. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt die Abgeordnete Thoms.

Meral Thoms (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die AfD behauptet in diesem Antrag, sie wolle Gesundheitskompetenz und psychische Resilienz stärken.

(Dr. Martin Vincentz [AfD]: Das stimmt!)

Doch in Wahrheit instrumentalisiert sie wie so oft, schürt Unsicherheiten und macht Stimmung, um die Menschen gegeneinander auszuspielen. Sie benutzt das Thema „psychische Gesundheit“ nicht, um wirklich zu helfen, sondern, um zu spalten.

Ein paar von vielen Beispielen: Im Bundestag will die AfD das Selbstbestimmungsgesetz kippen, obwohl nachweislich klar ist, dass dieses Gesetz die psychische Gesundheit queerer Menschen stärkt. Hier bei uns in Nordrhein-Westfalen malt die AfD das Schreckensbild vom Burn-out der Leistungsträger – so auf der Website zu lesen.

(Dr. Martin Vincentz [AfD]: Absolut!)

Dafür schiebt sie Migrantinnen und Migranten die Schuld in die Schuhe, die angeblich in der sozialen Hängematte liegen. Fakt ist: Mehr als ein Viertel der Ärztinnen und Ärzte hier bei uns in Nordrhein-Westfalen hat internationale Wurzeln. Sie sind es, die gerade unser Gesundheitssystem am Laufen halten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Noch heute Morgen in der Aktuellen Stunde haben Sie in unerträglich alarmistischer Weise die angebliche Massenzuwanderung ins Ruhrgebiet beschrieben. Sie fabulierten auch über Gebetsräume für Islamisten an Schulen. Das war wirklich unerträglich.

Wir wissen aus zahlreichen Studien, dass gerade Hass und Diskriminierung der psychischen Gesundheit junger Menschen massiv schaden. Sie verursachen Stress, Angstzustände und Rückzug.

Genau das verstärkt die AfD mit ihrer Rhetorik. Sie verunsichert genau damit diejenigen, die sie vorgibt – nur vorgibt! –, schützen zu wollen.

Lassen Sie uns über Rassismus reden. Auch Rassismus belastet die psychische Gesundheit junger Menschen massiv.

(Dr. Martin Vincentz [AfD]: Klimapanik übrigen auch!)

Folgen sind Stress und Angstzustände, depressive Symptome und geringeres Selbstwertgefühl. Auch die sozialen Folgen sind gravierend. Es kommt zu Rückzug und Isolation, weniger Teilhabe und Vertrauensverlust in die Institutionen unserer Gesellschaft wie Schule und Polizei. Rassismus führt zudem zu gesundheitlichen Folgen – psychosomatischen Beschwerden, chronischen Belastungen –; denn Rassismus bedeutet Dauerstress für den Körper.

Auch die Zukunftschancen der jungen Menschen werden gemindert. In der Schule wirken sich Stress und Isolation negativ auf Lernmotivation und Leistung aus. In der Ausbildung und auf dem Arbeitsplatz kommt es zu Diskriminierung, die Perspektiven massiv einschränkt.

Kurz: Wer Hass und Hetze immer wieder verbreitet, der schwächt Resilienz und macht die Menschen krank.

Darum sage ich ganz klar, dass dieser Antrag der AfD fachlich nicht tragfähig und politisch vollkommen unglaubwürdig ist. Wir lehnen ihn selbstverständlich ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, den GRÜNEN und Thorsten Klute [SPD])

Präsident André Kuper: Danke, Frau Thoms. – Für die FDP spricht ihre Abgeordnete Frau Schneider.

Susanne Schneider^{*)} (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Jede Erkrankung, die durch Prävention vermieden wird, erhöht die Lebensqualität der Menschen. Aber nicht nur das: Auch die Kosten für das Gesundheitssystem werden gesenkt.

Damit Prävention erfolgreich ist, braucht es Einsicht und das verantwortungsvolle Handeln des Einzelnen. Um dies zu fördern, brauchen wir eine proaktive Präventionsstrategie, um die Gesundheit der Bevölkerung langfristig zu fördern.

Die Digitalisierung bietet hierbei große Chancen – zum Beispiel durch innovative Technologien wie Gesundheits-Apps, Telemedizin usw. Sie helfen dabei, das eigene Verhalten selbstbestimmt anzupassen und dadurch Erkrankungen vorzubeugen.

Wer Vorsorge betreibt, sich bewegt, an Früherkennungsprogrammen teilnimmt oder sich zum Beispiel impfen lässt, verursacht insgesamt weniger Kosten für seine Krankenkasse. Krankenkassen sollten daher für diese Versicherten einen reduzierten Zusatzbeitrag einführen können.

Eine wichtige Rolle spielt auch der Sport. Neben dem organisierten Vereins- und Breitensport trägt insbesondere die Fitness- und Gesundheitsbranche dazu bei, Menschen langfristig gesund zu halten.

Als wichtiger Partner mit über 11 Millionen Mitgliedern und Grundpfeiler einer Bewegungsoffensive muss diese Branche stärker in die Prävention wie auch in die öffentliche Gesundheitsversorgung eingebunden werden. Auch bürokratische Hürden bei der betrieblichen Gesundheitsförderung müssen dringend abgebaut werden.

Manche dieser Aspekte werden im vorliegenden Antrag erwähnt. Auch die Kritik an einer unübersichtlichen Vielzahl von Einzelprojekten, Programmen und Maßnahmen im Bereich der Präventionsförderung ist durchaus nachvollziehbar. Einzelne Projekte, die nach Ablauf der Förderperiode wieder auslaufen und nicht flächendeckend umgesetzt werden, bringen zwar PR für die Landesregierung, führen aber nicht zu einer nachhaltigen Breitenwirkung.

Der alleinige Fokus auf Familien, Schulen, Vereine und Betriebe als Akteure der Prävention orientiert sich an einem veralteten Gesellschaftsbild. Er wird daher den realen Herausforderungen nicht gerecht. So kann zum Beispiel die gesundheitlich besonders beeinträchtigte Gruppe alleinstehender arbeitsloser Männer mit niedrigem Bildungsniveau kaum erreicht